

Referat OB	Sachb. Dienststelle Gleichstellungsst. Tel. 2102
Datum 25.10.2007	
Aktenzeichen	

Drucksache-Nr. 07/00497	Teil 1	Seite 1
-----------------------------------	-----------	------------

Eingangsstempel

Hinweis auf einschl. Vorgänge:	
Drucks.-Nr.	Vorgang

Vorgemerkt für <input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung <input type="checkbox"/> nichtöffentliche Sitzung
--

Geändert für <input type="checkbox"/> öffentliche Sitzung <input type="checkbox"/> nichtöffentliche Sitzung

I. Beschlussvorlage der Verwaltung

an/über

Organisations- und
Personalausschuss

an

Stadtrat

Betreff

Verankerung von Gender Mainstreaming bei der Stadt Augsburg
--

Finanzielle Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar

Gesamtkosten Folgekosten Bereits verplante Mittel <input type="checkbox"/> Mittel stehen zur Verfügung in Höhe von bei Haushaltsstelle <input type="checkbox"/> Mittel stehen nicht zur Verfügung: Deckungsvorschlag:	<input type="checkbox"/> Allgemeiner Haushalt <input type="checkbox"/> Budget des Referats <input type="checkbox"/> oder Sonderbudget <input type="checkbox"/> Stiftungshaushalt <input type="checkbox"/> Wirtschaftplan des / der <input type="checkbox"/>
---	--

Beschlussvorschlag
(mit Begründung einschl. Folgekosten)

1. Der Forderung der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verankerung von Gender Mainstreaming bei der Stadt Augsburg wird gemäß beiliegendem Antrag vom 26. Juli 2007 zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung dieses Antrags einzuleiten.

Begründung:

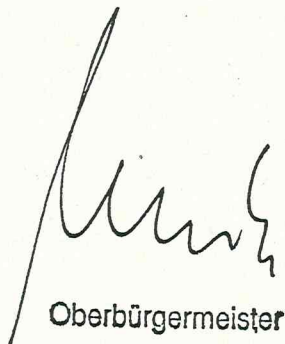
Die Umsetzung von Gender Mainstreaming erfordert eine Vielzahl von inhaltlichen und organisatorischen Maßnahmen, damit die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern insbesondere

- in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen
- in den Ergebnissen von Produkten
- in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- in der Steuerung (Controlling)

von vornherein berücksichtigt werden können. Um den Prozess des Gender Mainstreaming diesbezüglich zeitnah strukturieren und koordinieren zu können, müssen zunächst die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Im Einzelnen wird auf den beiliegenden Antrag verwiesen.

Der Beschlussvorschlag wurde mit dem Amt für Organisation und Informationstechnik abgestimmt.


Oberbürgermeister

◀ Unterschrift

Fortsetzung ▶

Eingang im Referat OB am: 30. JULI 2007	
Antrag Nr. 731	
An SB _____ VZ _____	
<input type="checkbox"/> Rede - Faktum	
<input checked="" type="checkbox"/> 177 Z.W.	
Unterschied/Kopie an	

Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Rathausplatz 2, 86150 Augsburg

Stadtratsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Augsburg

Rathausplatz 2
86150 Augsburg

Tel. 0821-324-4369
Fax: 0821-159030

Gruene.augsburg.stadtrat@t-online.de
<http://www.gruene.de/augsburg-stadt>

An die
Stadt Augsburg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Paul Wengert
Maximilianstr. 4
86150 Augsburg

EINGEGANGEN	
STADT AUGSBURG HAUPTAMT	
09. Aug. 2007	
<i>Ref. OB-Gleichstellung</i>	
<i>An Prof. f. Ölg.-M. IT</i>	
<input checked="" type="checkbox"/> An:	
<input checked="" type="checkbox"/> zur Kenntnisnahme	
<input type="checkbox"/> zur weiteren Veranlassung	
<input type="checkbox"/> zum Akt	
<input type="checkbox"/>	

Augsburg, 26. Juli 2007

Verankerung von Gender Mainstreaming

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Geschlecht ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein individuelles Personenmerkmal. Frau oder Mann zu sein ist ausschlaggebend dafür, welchen Platz wir in der Gesellschaft zu welchen Bedingungen einnehmen. Frauen haben immer noch schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt und leisten mehr unbezahlte Arbeit, sie haben weniger Einkommen und ein höheres Armutsrisiko als Männer. Ihren Leistungen kommt weniger Anerkennung und Wertschätzung zu, und in den Entscheidungs- und Machtstrukturen sind sie kaum vertreten.

In einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer unterschiedliche Rollen und Positionen haben, gibt es keine „geschlechtsneutrale“ Perspektive. Allzu oft wird übersehen, dass der scheinbar „allgemeine“ Blick ein sehr männlicher ist. Frauen und ihre Lebenszusammenhänge, ihre Bedürfnisse und Interessen werden häufig nicht genug wahrgenommen, wodurch Benachteiligungen von Frauen zementiert werden.

1996 haben sich - unter dem Einfluss der 4. Weltfrauenkonferenz von Peking - im Amsterdamer Vertrag alle Staaten der Europäischen Union verpflichtet, das Gender Mainstreaming Prinzip in ihrer Politik zu realisieren. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Mittel der klassischen Frauenpolitik zur Herstellung von Chancengleichheit von Frauen und Männern nur bedingt tauglich waren, das Ziel zu erreichen, und dass anscheinend geschlechtsneutrale Politiken als Ausschlusskriterium für Frauen fungieren. Mit Gender Mainstreaming soll nun die gleiche Teilhabe beider Geschlechter an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen realisiert werden, indem die Gleichstellung von Frauen und Männern zu einem integralen Bestandteil aller Politikbereiche gemacht wird.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Grüne

Gender Mainstreaming basiert auf dem Konzept der Chancengleichheit für beide Geschlechter, deren unterschiedliche Lebensbedingungen, Ansprüche und Bedürfnisse an politische Gestaltung den Fokus aller politischen AkteurInnen bilden sollen. Das Konzept setzt somit auf eine Geschlechter- und nicht auf eine Frauenperspektive und bietet die Chance, geschlechterstereotype Zuweisungen zu vermeiden. Es geht darum, Frauen und Männern gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und die Geschlechterfrage als ein wesentliches Kriterium bei der Lösung sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Probleme zu nutzen. Gender Mainstreaming ist eine neue Strategie, die eine Lösung dieser gesellschaftlichen Probleme begünstigt. Geschlechterpolitische Ziele können je nach theoretischem Zugang und je nach Tradition und Geschlechterkultur ganz verschieden aussehen. Dies bedeutet, dass jedes Land, jede Region, jede Kommune, aber auch jede Organisation für sich definieren muss, was sie unter Geschlechtergerechtigkeit versteht und welche politischen Ziele damit verbunden werden.

Gender Mainstreaming unterscheidet sich vom bisherigen Konzept der Frauenförderung, das auf die Reduzierung oder Beseitigung von Beeinträchtigungen für weibliche Beschäftigte, Bürgerinnen und Kundinnen zielt und in der Regel von speziell mit diesen Aufgaben betrauten Akteurinnen wahrgenommen wird. Mit Gender Mainstreaming wird Chancengleichheit als Ziel und Gleichstellungspolitik als Weg bestimmt, d.h. es ist sowohl politisches Leitprinzip als auch Methode zur Umsetzung dieses Prinzips. Der traditionelle Frauenförderansatz erfährt eine Ergänzung und Erweiterung des politischen Anspruchs und seiner Umsetzung.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt folgenden

Antrag:

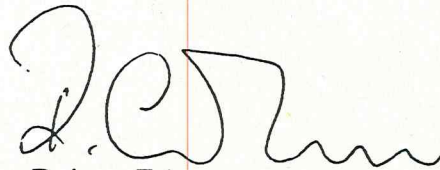
1. Nach den Vorgaben des Amsterdamer Vertrags erhebt die Stadt Augsburg Gender Mainstreaming zum Leitbild ihres politischen Handelns. So sind bei der Planung, Durchführung, Begleitung und Bewertung städtischer Maßnahmen deren quantitative und qualitative Auswirkungen auf Männer und Frauen zu berücksichtigen.
2. Die Stadt Augsburg und ihre Ämter und Dienststellen verpflichten sich zur Umsetzung von Gender Mainstreaming und zur Durchführung von Pilotprojekten (z.B. in der Jugendhilfe oder im Bereich Finanzen als gender budgeting).
3. Die Stadt wird aufgefordert Gender Mainstreaming in die Fortbildungsprogramme aller Dienststellen und Ämter zu integrieren. Insbesondere Führungskräfte müssen für Gleichstellungsfragen und Fragen der mittelbaren Diskriminierung sensibilisiert werden um zur Anwendung des Prinzip des Gender Mainstreaming befähigt zu werden.

4. Es soll geprüft werden, ob innerhalb der städtischen Verwaltung eine Koordinations- und Steuerungsstelle geschaffen werden soll, die den Prozess des Gender Mainstreaming voran bringen und begleiten könnte und die an die Gleichstellungsstelle angesiedelt sein könnte, wobei sie ergänzend zur Gleichstellungsstelle wirken könnte und deren Aufgaben nicht ersetzen dürfte. Als Alternative sollte geprüft werden, inwieweit innerhalb der Referate Fachstellen für gender mainstreaming eingerichtet werden.
5. Es soll geprüft werden, ob vergleichbar zur Stadt München auch in Augsburg eine Gleichstellungskommission eingerichtet werden soll.
6. Bei statistischen Erhebungen, bei Evaluationen und im Berichtswesen soll es eine konsequente geschlechterdifferenzierte Erhebung, Auswertung und Veröffentlichung von Daten geben.

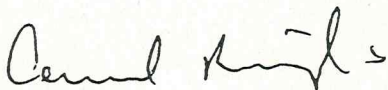
Mit freundlichen Grüßen



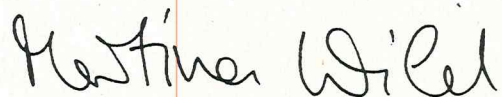
Dieter Ferdinand
Fraktionsvorsitzender



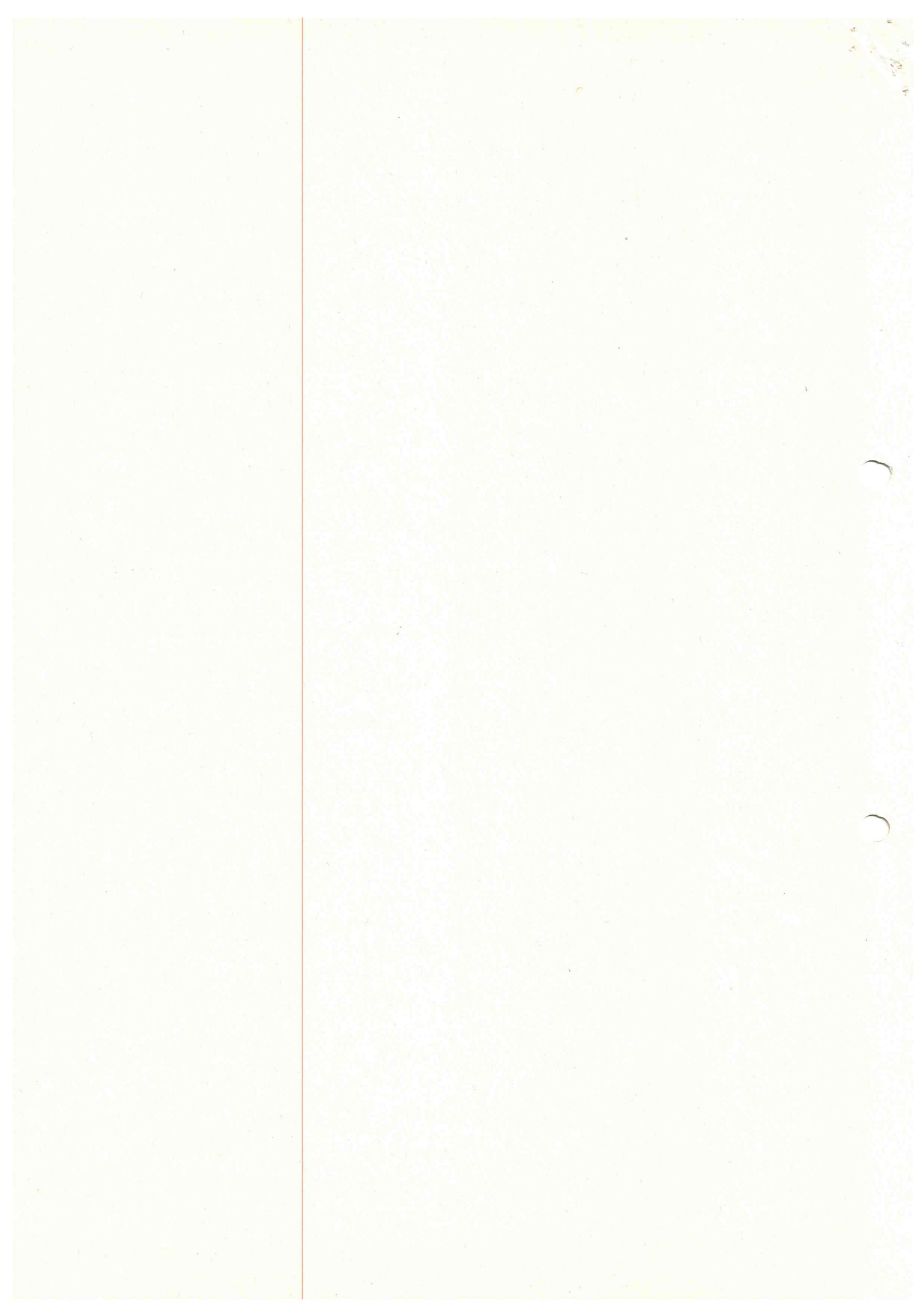
Reiner Erben
stellv. Fraktionsvorsitzender



Cemal Bozoglu
stellv. Fraktionsvorsitzender



Martina Wild
Stadträtin



II. Beratungsergebnisse:

Betreff (in Kurzfassung):	Drucksache-Nr.	Teil	Seite
	07/00497	2	1
Verankerung von Gender Mainstreaming bei der Stadt Augsburg			

Beschluss
 Empfehlung des Organisations- und Personalausschusses
 öffentlich
 nichtöffentlich vom 03.12.2007

Teilnahme: 13 stimmberechtigte Mitglieder | Abstimmungsergebnis/ergebnisse einstimmig

Empfehlung gemäß Beschlussvorschlag der Verwaltung

Vorsitzende/r

und

Berichterstatter

Schifführer/in

gez.
Dr. Wengert
Oberbürgermeister

gez.
Geiger

Verteiler: 1 x Sitzungsniederschrift (Original) 1 x Referat OB 1 x Referat OB - Gleichstellungsstelle je 1 x Referat 1 - 7 1 x Personalamt 1 x Gesamtpersonalrat 1 x Amt für Organisation und Informationstechnik 1 x Dokumentation	Gesehen: --- Oberbürgermeister
---	--

10
11
12
13
14
15

16
17
18
19
20

II. Beratungsergebnisse:

Betreff (in Kurzfassung):	Drucksache-Nr.	Teil	Seite
	07/00497	2	2
Verankerung von Gender Mainstreaming bei der Stadt Augsburg			

Beschluss Empfehlung des Stadtrates
 öffentlich nichtöffentlich vom 13.12.2007

Teilnahme: 51 stimmberechtigte Mitglieder | Abstimmungsergebnis/ergebnisse 50:1

Beschluss gemäß Empfehlung des Organisations- und Personalausschusses vom 03.12.2007

Vorsitzende/r und Berichterstatter Schriftführer/in

gez.
Dr. Wengert
Oberbürgermeister

Zur Beglaubigung
Augsburg, den 20.12.07
Stadt Augsburg
Im Auftrag:

[Handwritten Signature]

gez.
Hölzle



Verteiler: 1 x Sitzungsniederschrift (Original) 1 x Referat OB 1 x Referat OB - Gleichstellungsstelle je 1 x Referat 1 - 7 1 x Personalamt 1 x Gesamtpersonalrat 1 x Amt für Organisation und Informationstechnik 1 x Dokumentation	Gesehen: --- Oberbürgermeister
---	--

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100